

06.11.1943 – Vor 70 Jahren wurde die Stadt Kiew durch die Sowjetarmee zurückerobert

09.11.1938 – Vor 75 Jahren deutschlandweite Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung. Sie gingen unter der beschönigenden Bezeichnung „Kristallnacht“ in die Geschichte ein – die Straßen waren am Morgen danach mit den Scherben der Scheiben jüdischer Geschäfte und ausgebrannter Synagogen übersät.

10.11.1483 – 530. Geburtstag Martin Luthers (gest. 18.02.1546)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

19. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

29. Oktober 2013

100 Prozent sozial – auch nach der Wahl!

(Beschluss der 1. Tagung des 4. Landesparteitages am 12. Oktober 2013)

DIE LINKE bleibt – mit einem achtbaren Ergebnis im Bund sowie in Hessen. Mit 8,6 Prozent ist DIE LINKE in den Bundestag eingezogen, eine starke Fraktion dort ist für die gesamte Partei von Bedeutung, sie kann Kompetenzen erarbeiten, eine breite Öffentlichkeit und Kontakte erschließen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat mit 23,9 Prozent das beste Zweitstimmenergebnis im Ländervergleich unserer Partei erzielt. Dennoch liegt dieses Resultat hinter unseren Erwartungen. Wir haben gegenüber dem Ergebnis 2009 absolut etwas mehr als ein Viertel unserer Stimmen verloren. Dennoch, in den vergangenen anderthalb Jahren haben wir uns stabilisiert. Wir haben gelernt, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und politische Kontroversen produktiv und sachlich auszutragen. Dies verdanken wir einer gemeinsamen Kraftanstrengung im Wahlkampf – geschlossen, leidenschaftlich und kreativ.

Die Frage nach politischen Alternativen stellt sich seit dem 22. September genau so dringend wie vor der Wahl. SPD, LINKE und GRÜNE könnten zusammen eine alternative Regierungsmehrheit bilden. Dennoch wird Angela Merkel die nächste Regierung führen – die CDU hat nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt, dafür ist ihr die marktradikale FDP als Koalitionspartner abhanden gekommen. In Zeiten der Unsicherheit fehlt der Mut für den politischen Wechsel – Angela Merkel hat die Wahl gewonnen mit dem diffusen Sicherheitsversprechen, die Krise rücke nicht weiter an Deutschland heran. Viele Wählerinnen und Wählern haben in Zeiten der Unruhe auf die Konstanz der Bundeskanzlerin gesetzt. Und viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler haben aufgegeben, so

wie die Politik sie, oder sie haben im nationalistischen Kurs der Alternative für Deutschland ein Ventil für Protest gefunden.

Ein wirklicher Politikwechsel – für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der vor Altersarmut schützt, für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen, eine gerechte Steuerpolitik, ein der vielfältigen Realität zugewandtes Familienbild – ist nicht zu erwarten. Vieles von dem, worum die SPD und ebenso die GRÜNEN im Wahlkampf gerungen haben, was auch von LINKEN Unterstützung erfährt, würde in einer künftigen Koalition mit der CDU geopfert. Eingemauert haben sich SPD und GRÜNE vor der Wahl – genauso viel Kraft wie in den Antimerkel-Wahlkampf wurde in die Ausgrenzung der LINKEN investiert. Diese Strategie ist gescheitert. Notwendig ist hier ein Umdenken: Für ein Bündnis des sozialen Fortschritts, für mehr Demokratie, für öffentliche Investitionen, für eine sozial-ökologische Modernisierung und eine Überwindung von Krieg als Mittel der Außenpolitik. Wir stehen dafür bereit – in den Schritten kompromissfähig, aber in der Richtung konsequent.

Stattdessen liegen vor uns weitere Jahre sozialer Schiefelage. Sozialer Ausgleich erfordert soziales Umverteilen. Die CDU hat sich im Wahlkampf dieser Logik verweigert. Die Lebenslüge neoliberaler Finanzpolitik gibt vor, Steuersenkungen würden sich quasi durch wirtschaftliches Wachstum selbst refinanzieren. Die Lebenswirklichkeit vieler Menschen zeigt dagegen anderes: Auf der einen Seite stehen Rekordgewinne in der Wirtschaft, insbesondere bei großen Unternehmen.

weiter auf Seite -2-

Auf der anderen Seite arbeitet in Deutschland fast ein Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Vor allem in den neuen Bundesländern zeigt sich diese Entwicklung noch einmal dramatischer. Die Ungleichheit der Löhne ist spätestens seit den so genannten Sozialreformen der Hartz-Gesetze immer weiter vorangeschritten. Die Entlastung Vermögender und großer Unternehmen ist immer wieder durch den Abbau von sozialen Leistungen und durch die abhängig Beschäftigten bezahlt worden.

Die Landesregierung von CDU und SPD folgt diesem Spardiktat

Das politische Profil von SPD und CDU in Sachsen-Anhalt beschränkt sich auf einen rigiden Kürzungskurs – für beide nicht nur notwendiges Übel, sondern im Grunde akzeptierte politische Strategie. Politisches Engagement, die prekäre finanzielle Ausstattung des Haushaltes der Länder und der Kommunen zu verbessern, ist weder in der Landesregierung noch in den Koalitionsparteien erkennbar.

Die Koalitionsparteien bedienen einen Mechanismus der sich selber erfüllenden Prophezeiung: Die mittelfristige finanzielle Entwicklung wird durch überzogen schlechte Kennziffern wie z.B. die prognostizierten Abwanderungszahlen dramatisiert. Die Potenziale künftigen wirtschaftlichen Wachstums und damit steigender eigener Steuereinnahmen bleiben unberücksichtigt. Durch ein negatives Zukunftsszenario werden politische Entscheidungen vorangetrieben, in deren Folge sich die schlechten Prognosen quasi von selbst erfüllen. Vor allem zu Lasten von Zukunftspotenzialen unseres Landes soll gekürzt werden: in den Schulen, den Hochschulen, in der Wissenschaft. Der kulturelle Reichtum wird empfindlich beschnitten. Für Kinder, für Jugendliche und für Menschen in schwierigen Lebenslagen werden viele Unterstützungsangebote gefährdet oder gar aufgekündigt.

Dieser Schrumpfungskurs gefährdet die demokratischen Grundlagen in unserem Land. Bürgerinnen und Bürger kündigen politisches Interesse und Mitbestimmung auf. Immer mehr Menschen entscheiden sich dagegen, in Sachsen-Anhalt zu arbeiten und zu leben. Dieser politische Kurs muss ausgebremst werden. Eine andere Politik ist möglich!

Protest und Widerspruch sind nötig!

Die Mehrheit der Sachsen-AnhalterInnen ist mit die-

ser Politik der Landesregierung unzufrieden. Studierende, WissenschaftlerInnen, Kulturschaffende und Menschen, die von den sozialen Kürzungen betroffen sein werden, haben begonnen, ihrem Unmut eine lautstarke Stimme zu geben. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Interessenverbänden von Kindern und Jugendlichen und den Wohlfahrtsverbänden wollen sie nicht hinnehmen, auf das Mittelmaß anderer Bundesländer zurückgeworfen zu werden. DIE LINKE unterstützt diese Proteste engagiert und konsequent.

DIE LINKE wirkt: Als stärkste Oppositionspartei für Alternativen streiten!

Mit einer Neuaufgabe einer CDU-geführten Koalition nach der Bundestagswahl wird eine substanzielle Verbesserung der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte nicht zu erwarten sein.

DIE LINKE bleibt dabei: Für einen Zugewinn an politischer und demokratischer Gestaltungsfähigkeit im Sinne einer sozial-ökologisch nachhaltigen Gesellschaft braucht es eine grundsätzlich andere, eine gerechte Steuerpolitik und ein solidarisches Finanzierungssystem für die Länder und Kommunen. Wir fordern einen neuen Solidarpakt III, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von prekären Regionen in Ost und West voranzubringen.

Die langfristig notwendige Bewältigung der finanziellen Schwierigkeiten des Landes darf nicht die Substanz unseres Zukunftspotenzials zerstören, die Entwicklungspotenziale für Kinder und Jugendliche einschränken und die Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen gefährden.

Deshalb haben wir der SPD in Sachsen-Anhalt in den Haushaltsberatungen angeboten, im Interesse der Verantwortung für unser Land und dessen Zukunftspotenziale, andere politische Mehrheiten gemeinsam mit der LINKEN zu ermöglichen. Ein Richtungswechsel ist möglich und notwendig.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wird sich deshalb mit all ihrem politischen Gewicht dafür einsetzen, dass die für 2014 geplanten Einschnitte bei der finanziellen Förderung der Hochschulen des Landes und der Theater- und Orchesterlandschaft verhindert werden. Einer Diskussion über neue Kooperationspotenziale und Strukturen innerhalb und zwischen den Hochschulen Sachsen-Anhalts verschließen wir uns nicht, eine Vorgabe finanzieller Einsparungen dagegen leh-

nen wir ab.

Den Abbau der Landesförderung für die Kinder- und Jugendarbeit akzeptieren wir nicht. Sie sind das falsche Signal für ein kinder- und familienfreundliches Land, was sich darum bemüht, das Leben und Arbeiten in diesem Land attraktiv zu gestalten. Auch die Kürzungen der Unterstützungsleistungen des Landes für blinde oder gehörlose Menschen lehnen wir ab. Mit einer solchen nahezu symbolischen Kürzung ist das Problem der Haushaltskonsolidierung nicht einmal im Entferntesten lösbar. Den Betroffenen hingegen entzieht es dringend nötige finanzielle Mittel, um ihre Lebensqualität spürbar zu verbessern.

Zu einem Politikwechsel gehört für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt: der Wissenschaft und der akademischen Ausbildung eine verlässliche Perspektive zu bieten, dem notwendigen sozial-ökologischen Umbau einen Weg zu bahnen, mehr Chancengleichheit für

alle Kinder in der Kita und in der Schule zu ermöglichen und die landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten für bessere Arbeits- und Einkommensverhältnisse sehr viel konsequenter zu nutzen.

Mit einem Politikwechsel wäre es auch möglich, den Druck für mehr Steuergerechtigkeit und eine substanzielle Verbesserung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte und für eine sozial gerechte Gestaltung der Energiewende deutlich zu erhöhen.

Im Interesse eines Kurswechsels werden wir gemeinsam mit BündnispartnerInnen in den Gewerkschaften, den Vereinen und Verbänden, den Kulturschaffenden und den von den Kürzungen betroffenen Menschen selbst den Druck auf SPD und CDU erhöhen – im Parlament und auf der Straße. Als stärkste Oppositionspartei kämpfen wir für Alternativen: in der Europapolitik, im Land und in den Kommunen. Eine starke LINKE im Deutschen Bundestag ist eine starke Stimme für mögliche und notwendige Veränderungen.

Es bleibt dabei: DIE LINKE streitet für ein sozial gerechtes, zukunftsfähiges und demokratisch gestaltetes Gemeinwesen – bundesweit, in den Ländern und bei den Kommunal- und Europawahlen 2014.

1. Tagung des 4. Landesparteitages DIE LINKE Sachsen-Anhalt - weitere Wahlergebnisse

Aufgrund unseres Redaktionsschlusses konnten wir Euch in der letzten Ausgabe nicht alle Wahlergebnisse mitteilen. Dieses sei an dieser Stelle nachgeholt.

Mitglieder im Bundesausschuss:

Ute Haupt Ja: 94,2 % (113 Stimmen)

Petra Weiher Ja: 96,7 % (116 Stimmen)

Swen Knöchel Ja: 75,8 % (91 Stimmen)

Torsten Hans Ja: 52,2 % (60 Stimmen)

Ersatzmitglieder im Bundesausschuss

Ines Sedlick Ja: 89,2 % (107 Stimmen)

Carsten Nell Ja: 51,9 % (56 Stimmen)

Mitglieder der Finanzrevisionskommission

Jana Lankau Ja: 94,7 % (108 Stimmen)

Karin Meinecke Ja: 85,9 % (98 Stimmen)

Annelie Roloff Ja: 96,5 % (110 Stimmen)

Wolf-Rüdiger Gerboth Ja: 88,6 % (101 Stimmen)

Ulrich Krimmling Ja: 89,4 % (102 Stimmen)

Udo Riedel Ja: 90,3 % (103 Stimmen)

Mitglieder der Landesschiedskommission

Eva von Angern Ja: 89,5 % (102 Stimmen)

Burga Richter Ja: 93,8 % (107 Stimmen)

Lydia Roloff Ja: 96,5 % (110 Stimmen)

Richard Kabelitz Ja: 95,6 % (109 Stimmen)

Enrico Schild Ja: 91,2 % (104 Stimmen)

Auch in diesen Gremien ist unser Stadtverband mit Ute Haupt, Swen Knöchel, Wolf-Rüdiger Gerboth, Ulrich Krimmling und Lydia Roloff sehr gut vertreten. Wir wünschen den Genossinnen und Genossen eine erfolgreiche Zeit und immer auch ein bißchen Spaß an der Arbeit.

Besonderer Dank geht an Ingrid Ruddigkeit für ihre langjährige Tätigkeit in der Landesfinanzrevisionskommission.

Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers über die Beratung des Parteivorstandes am 18., 19. und 20 Oktober 2013

Liebe Genossinnen und Genossen, die Beratung des Parteivorstandes begann unter Anwesenheit vieler Gäste, darunter vieler Hinterbliebener, mit einer ausführlichen Diskussion über das unter Stalin begangene Unrecht an KommunistInnen und AntifaschistInnen, die aus Nazi-Deutschland in die Sowjetunion gingen. Die Mitglieder des Parteivorstandes waren sich darin einig, dass das Gedenken an die in der Sowjetunion in den Jahren des großen Terrors verschleppten und ermordeten Menschen dringend eines Symbols bedarf. DIE LINKE steht in der Verantwortung, sich mit dem begangenen Unrecht auseinanderzusetzen. Am Ende der Diskussion wurde beschlossen, am Karl-Liebknecht-Haus eine Gedenktafel anzubringen, mit der der Opfer gedacht wird; gleichzeitig soll eine dauerhafte Ausstellung an Genossinnen und Genossen erinnern, die im Karl-Liebknecht-Haus gearbeitet haben, darunter auch wichtige Persönlichkeiten, die in der Sowjetunion ermordet wurden.

Der Parteivorstand begrüßte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die Beobachtung von Bodo Ramelow durch den Verfassungsschutz, auch wenn das Urteil bei genauerer Betrachtung kein Durchbruch ist. Denn weder wird die Beobachtung von Abgeordneten gänzlich ausgeschlossen noch die Beobachtung von Mitgliedern unserer Partei.

Sehr besorgt zeigte sich der Parteivorstand über die Situation der Flüchtlinge vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Von unseren Bundestagsabgeordneten und aus der Berliner Parteiorganisation gab es zwar engagierte praktische Hilfe, aber ein Ende des Hunger- und Durststreikes war abhängig davon, dass sich VertreterInnen der künftigen Regierung dort blicken lassen. Das war nun im allerletzten Moment der Fall. Es ist dringend eine politische Lösung auf europäischer Ebene nötig und mehr Solidarität aus der Bevölkerung, wie das Beispiel Hamburg zeigt.

Der Parteivorstand befasste sich ausführlich mit der Auswertung des Bundestagswahlkampfes, die vom Bundeswahlkampfleiter vorgelegt worden war.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen u.a. der geringere Zuspruch bei ErstwählerInnen und bei GewerkschafterInnen und die Verluste an andere Parteien. Gemeinsam wurde eingeschätzt, dass der Grundansatz und die Ausgestaltung der Kampagne

zur Bundestagswahl sehr erfolgreich waren. Auch die überwiegend positiven Rückmeldungen aus den Landesverbänden bestärken dieses Fazit. Letztlich: Unsere WahlkämpferInnen vor Ort haben über Wochen einen hoch motivierten und engagierten Wahlkampf auf die Plätze und Straßen getragen. Dafür nochmals der herzliche Dank des Parteivorstandes!

Im Hinblick auf die nächsten Wahlen bestätigte der Parteivorstand Matthias Höhn als Bundeswahlkampfleiter und beschloss ein Budget von 3,3 Mio. Euro für den Europawahlkampf. Die Konstituierung und die ersten Initiativen der Bundestagsfraktion waren ebenso Thema wie der Bericht und die Beschlüsse des Bundesausschusses vom 12. Oktober 2013 und vom Rat der Parteivorsitzenden der Europäischen Linken. Der Parteivorstand unterstützt die Nominierung von Alexis Tsipras durch den Rat der Vorsitzenden der EL als Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten und damit Spitzenkandidat der Europäischen Linken zur Europawahl.

Die meiste Zeit der Sitzung nahm die Beratung über den ersten Entwurf des Europawahlprogramms ein. Der Parteivorstand befasste sich u.a. mit unserer grundsätzlichen Haltung zur EU, den politischen Kräfteverhältnissen, dem Charakter der Krise und der wachsenden Rolle rechter und rechtspopulistischer Parteien in Europa. Erörtert wurden die Alternativen der LINKEN – die Neuordnung des Finanzsektors, die Zukunft des Euros, Wirtschaftsdemokratie und Maßnahmen zur Industrie- und Arbeitsmarktpolitik. Aus der Diskussion wird nun ein Entwurf des Europawahlprogramms formuliert, der am 23. und 24. November 2013 im Parteivorstand beraten und als Leitantrag für den Hamburger Parteitag am 15. und 16. Februar 2014 beschlossen wird.

Der Parteivorstand befasste sich mit der Mitgliederentwicklung in den ersten neun Monaten des Jahres 2013 und diskutierte in erster Lesung den vom Bundeschatzmeister vorgelegten Entwurf für den Finanzplan 2014. Schlussendlich wurde beschlossen, auch im Jahr 2014 wieder den Clara-Zetkin-Preis anlässlich des Internationalen Frauentages zu verleihen.

Ferner wurde ein (vorläufiger) Sitzungsplan bis Ende 2014 beschlossen.

Mit solidarischen Grüßen,

Matthias Höhn

**Sahra Wagenknecht:
Mindestlohn statt Lohnbremse**

„Die Große Koalition plant ein Tempolimit für den Mindestlohn sowie eine Sonderwirtschaftszone Ost“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Koalitionspläne zur stufenweisen Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro unter Ausnahme Ostdeutschlands nach dem Vorbild des Friseur-Tarifs. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Der Friseur-Tarif schützt die Beschäftigten nicht vor Lohndumping und ist damit kein geeignetes Vorbild für die größte Volkswirtschaft Europas. Leistung muss sich wieder lohnen - von München bis nach Rostock. Der Flickenteppich beim Mindestlohn widerspricht einheitlichen Lebensverhältnissen, ist eine Lohnbremse und schafft unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen.

Der Mindestlohn der Großen Koalition ist auch zu niedrig: Die Inflation entwertet einen einheitlichen Mindestlohn von 8,50 Euro bis 2015. Die Steuerzahler müssen zudem weiterhin die Lohndrückerei von Unternehmen subventionieren, weil Arbeitnehmer ihr mageres Einkommen mit Hartz IV aufstokken müssen. Selbst die deutschen Manager fordern schon jetzt im Schnitt fast neun Euro Mindestlohn. Die Große Koalition der Lohnbremsen ignoriert zudem die internationalen Verhältnisse: Bereits heute liegt der Mindestlohn in Frankreich bei 9,43 Euro. Nach den eigenen Berechnungen der schwarz-gelben Bundesregierung müsste der Mindestlohn in Deutschland sogar zehn Euro betragen, um Altersarmut nach 45 Jahren Vollzeitarbeit zu verhindern. Die SPD könnte mit der LINKEN und den Grünen sofort einen einheitlichen Mindestlohn umsetzen. Ein paar Ministersessel sind ihr offenbar wichtiger als Millionen Arbeitnehmer. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von zehn Euro. Dies würde die Situation von mindestens acht Millionen Menschen umgehend verbessern und überdies alle Beschäftigten zuverlässig vor Lohndumping schützen.“

**Wir gratulieren allen Genossinnen
und Genossen, die im Monat
November Geburtstag haben.**



Nachruf

Nach einem erfüllten Leben verstarb
unser langjähriges Mitglied

Genosse

Walter Biemann

am 15. Oktober 2013

im Alter von 91 Jahren.

Wir werden ihn in guter Erinnerung
behalten.

BO Riebeckplatz / Hofjäger

6.11.2013, 18:00 Uhr, Blumenstraße

Basisberatung mit dem Stadtvorstand

Wichtig

**16. November 2013, ab 9:30 Uhr,
Stadtparteitag**

Der Stadtparteitag wird als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt, er ist zugleich Wahlversammlung für die Vertreterinnen und Vertreter zur Bundesdelegiertenversammlung zur Aufstellung der Listen zur Europawahl am 16. Februar 2014 in Hamburg. Der Stadtparteitag findet im Kulturtreff Halle-Neustadt statt.

Vorankündigung:

**04.12.2013 im Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6**

Gemeinsame Beratung des Stadtvorstandes, der Basisorganisationen und des Landesvorstandes.

„LINKER Stammtisch“

am 13.11.2013, 19 Uhr

DIE LINKE Halle, Dr. Petra Sitte, halleische Landtagsabgeordnete und Stadträte laden ein zum linken Stammtisch im Café Pantarhei in der Dachritzstraße 2.

Diskutiert wird Aktuelles, Unterhaltsames und Aufreger.

Im Folgenden wieder jeden 2. Mittwoch des Monats.

Veranstaltungsempfehlungen des Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V., Fachzentrum für sexuelle Identität

Elysium der Finsternis - Halloween-Party

Mittwoch, 30. Oktober 2013, 20 Uhr

im BBZ „lebensart“ e.V., Beesener Straße 6, 06110 Halle (Saale)

Am 30.10. wird es dunkel im Verein. Grauensvolle Schreie dringen aus den Räumlichkeiten der Begegnungsstätte und an den Fenstern kleben blutige Handabdrücke. Ab 20 Uhr ist die Fahrt durch die Unterwelt eröffnet. Unter dem Motto 'Elysium der Finsternis' veranstalten die Queerulanten ihre 2. Halloweenparty, die offen für jede*n ist. Es wird wärmstens empfohlen, kostümiert zu erscheinen. Getränke und Speisen (es wird auch gegrillt) können gegen einen kleinen Obolus erworben werden.

1. Generationsübergreifendes Treffen „OLD MEETS YOUNG“

Sonnabend, 2. November 2013, 19 Uhr

im BBZ „lebensart“ e.V., Beesener Straße 6, 06110 Halle (Saale)

An diesem Abend sind die Gruppen, Mitglieder und andere Interessierte eingeladen, um sich gemeinsam kennenzulernen. Es soll der Bedarf eines solchen offenen Projektes für alle Altersgruppen diskutiert werden und die Frage, wer Verantwortung übernehmen möchte.

Schon mal über Beziehungsstrukturen nachgedacht?!?

Vortrag zu Monogamie und Polyamorie mit Bettina Stoši und Stefanie Krüger

Freitag, 8. November 2013, 19:30 Uhr

im BBZ „lebensart“ e.V., Beesener Straße 6, 06110 Halle (Saale)

Gesellschaftliche Vorstellungen zu Beziehungsführung haben sich liberalisiert, wodurch Liebesbeziehungen heute auf unterschiedliche Weisen gelebt werden. Dennoch herrscht nach wie vor das wesentliche Prinzip und Ideal der Monogamie, welche als „natürlich“ angesehen und selten hinterfragt wird. Zentral ist dabei der Gedanke, dass ein Mensch nur mit EINEM anderen zusammen sein bzw. diesen lieben kann. Damit verbunden sind spezifische Vorstellungen von „Treue“, „Liebe“, „Eifersucht“ und „Fremdgehen“. Der Vortrag soll das Konzept der Monogamie genauer betrachten. Diese hat nämlich – entgegen landläufiger Annahmen – eine Geschichte. Es werden die mit Monogamie einhergehenden Normen aufgezeigt und als Alternative polyamouröse u.ä. Konzepte vorgestellt, die davon ausgehen, mit mehreren Menschen Intimität teilen zu können. Auch diese werden anschließend kritisch betrachtet. Der Vortrag verfolgt damit das Ziel, dem Publikum einen differenzierteren Zugang für Lebens- und Liebensweisen zu ermöglichen.

Der Eintritt ist frei - wer mag, kann eine kleine Spende geben.

Dipl.-Päd. Bettina Stoši und Dipl.-Päd. Stefanie Krüger studierten Erziehungswissenschaft mit den Schwerpunkten Sozialpädagogik und gender studies an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zusammen realisieren die beiden Workshops zu den Themen Polyamorie, Mononormativität und alternative Lebens- und Liebensweisen. Darüber hinaus verfolgt Bettina Stoši eine Promotion auf diesem Gebiet.

Herbst-/Winterfest

Sonnabend, 16. November 2013, 19 Uhr

im BBZ „lebensart“ e.V., Beesener Straße 6, 06110 Halle (Saale)

Ab und an gemeinsam feiern ist Tradition bei uns – für Getränke und Imbiss ist gesorgt. Wir laden alle herzlich ein, der kalten Jahreszeit mit einem gemütlichen Beisammensein zu begegnen.

Familienkongress: Familienbilder und Familienformen heute

16./17. November 2013 im Stadthaus, Marktplatz 2, Halle (Saale)

Was ist Familie heute, in welchen Beziehungen stehen die Familienmitglieder zueinander und wie werden die Beziehungen zueinander gelebt? Nur wer sich mit den tatsächlichen Lebensverhältnissen auseinandersetzt, kann wissen, wie man allen Beteiligten gerecht werden kann und in welcher Situation Kinder die besten Entwicklungschancen erhalten. Eine Veranstaltung des Väteraufbruch für Kinder e. V. - alle Informationen unter: <http://www.familienkongress.vaeteraufbruch.de/>

Filmabend: Coming Out (DEFA, 1989, 112 Minuten)

Donnerstag, 21. November 2013, 19:30 Uhr

im BBZ „Lebensart“ e.V., Beesener Straße 6, 06110 Halle (Saale)

„Coming Out“ erzählt die spannende Geschichte um den jungen Lehrer Philipp, der seine Homosexualität anzunehmen beginnt und im Verlauf des Films so manch aufwühlende Erlebnisse macht. Manches wird nicht mehr so sein, wie es war.

Umjubelte Premiere feierte der Film in Berlin genau an jenem Tag, an dem die Mauer fiel - am 9. November 1989.

Die Filmaufführung ist kostenfrei. Im Anschluss an den Film besteht die Möglichkeit zur Diskussion. Wir danken der Pädagogischen Mediathek des LISA für die Unterstützung.

Keine Bewegung zu Gunsten der Hochschulen und der Zahnklinik

Zur Haltung der Koalition zur Finanzierung der Hochschulen und der Zahnklinik in Halle erklärt der wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Hendrik Lange:

„Mit der Bestätigung der Kürzungen im Wissenschaftshaushalt sendet die Koalition das falsche Signal. Wer die Graduiertenförderung reduzieren und perspektivisch abschaffen will macht deutlich, dass zukünftig weniger hochqualifizierte WissenschaftlerInnen eine wissenschaftliche Karriere in Sachsen-Anhalt beginnen sollen.

Das Gleiche gilt für die kurzsichtigen Kürzungen der Landesexzellenzinitiative. Der Wissenschaftsrat hat zu Recht auf die positive Wirkung dieser Landesförderung hingewiesen. Die eingesetzten Landesmittel werden durch die Hochschulen durch Drittmittelwerbung vervielfacht und Spitzenforschung wird generiert. Die Koalition hofft zwar auf die Bereinigungssitzung des Finanzausschusses, ein Signal an den Ausschuss, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden sollen, gab es jedoch nicht.

Ähnlich vage sind die Aussagen zur dringend notwendigen Sanierung der Zahnklinik in Halle. Trotz Ankündigung und eines Landtagsbeschlusses wurde von der Koalition kein Vorschlag für den Haushalt unterbreitet. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Mittel zur Sanierung der Zahnklinik im nächsten Jahr zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt. Die Konsequenz ist nach dem jetzigen Stand des Haushaltsplans, dass erst im Jahr 2016 Mittel für die Sanierung der Zahnklinik zur Verfügung stünden. Dieser Zustand ist unhaltbar, da nicht abzusehen ist, wie lange die zahnmedizinische Ausbildung im jetzigen beschädigten Gebäude aufrechterhalten werden kann.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 600 Exemplare

Spendenerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
24.10.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 14.11.2013

Merkels bittere Medizin bewirkt keine Heilung

Ist die Eurokrise vorbei?

Dafür könnte es zwei Anzeichen geben. Erstens beendete die Eurozone im zweiten Quartal dieses Jahres offiziell die Rezession. Das Bruttoinlandprodukt wuchs seit mehr als einem Jahr wieder und legte um 0,3 Prozent zu. Selbst Krisenländer wie Italien, Spanien, Portugal und Irland sollen 2014 laut Herbstgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute wieder in die Wachstumszone kommen - wenn auch nur mit kleinem Plus. Zweitens entwickeln sich die Leistungsbilanzen, also im Wesentlichen die Differenz zwischen Ex- und Importen, in den Krisenländern positiv. Die EU-Kommission schätzt, dass Griechenland sein Leistungsbilanzdefizit in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr halbiert. Portugal, Spanien und Italien sollen ihr Defizit sogar in Überschüsse gedreht haben.

Das Ende der Krise ist aber eine Fata Morgana. Merkel führt die europäische Karawane mit ihrer Kürzungspolitik weiter in die Wüste. Denn trotz einem Plus im zweiten Quartal wird die Wirtschaft in der Eurozone auf das gesamte Jahr gesehen weiter schrumpfen. Und das prognostizierte Miniwachstum für 2014 steht auf tönernen Füßen. Die Binnenwirtschaft als Wachstumsmotor fällt durch die von Merkel aufgezwungenen Kürzungen weiter aus. Die möglicherweise zarte konjunkturelle Erholung ist damit stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig. Das birgt erhebliche Risiken. Die USA sind vorerst an einer Staatspleite vorbeigeschrammt. Die Gefahr ist aber nicht dauerhaft gebannt. Und in den wichtigen Schwellenländern China und Indien besteht eine Tendenz abnehmender Wachstumsraten.

Aber selbst wenn die Mini-Prognosen für nächstes Jahr einträfen, kann ein niedriges Wachstum in den europäischen Krisenländern nicht für mehr Beschäftigung sorgen. Um mehr Beschäftigung zu schaffen, müsste die Wirtschaftsleistung stärker wachsen als die Produktivität. Und das ist nicht der Fall.

Für Millionen Menschen in der Eurozone ist das eine Katastrophe, denn die Massenarbeitslosigkeit, die heute bei 12 Prozent liegt, kann nicht abgebaut werden. Gesellschaftszerstörerische Arbeitslosenquoten unter Jugendlichen von rund 60 Prozent in Spanien

und Griechenland bleiben bestehen. Es gibt Befürchtungen, dass die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr sogar noch weiter ansteigt.

Zudem sind die verbesserten Leistungsbilanzen darauf zurückzuführen, dass die Importe sanken weil die Menschen durch die Sozial-, Renten- und Lohnkürzungen erheblich weniger Geld zur Verfügung haben. Die Exporte wurden durch die niedrigeren Löhne dagegen gestärkt. Die Verbesserung der Leistungsbilanz in den Krisenländern ist eher Symptom für eine weiter Verschlechterung der Lebenslage der Menschen und ein Andauern der Krise als für deren Lösung.

Allein über einen verbesserten Außenhandel wird ein solides Wirtschaftswachstum in den Krisenländern ohnehin nicht zu erreichen sein. Das zeigt dessen geringe Bedeutung für die Wirtschaftsleistung. Beispiel Spanien: Obwohl das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik seinen lange Zeit negativen Außenbeitrag in diesem Jahr wahrscheinlich auf einen Überschuss von gut 30 Milliarden Euro trimmen konnte, wird dies lediglich rund drei Prozent der gesamten spanischen Wirtschaftsleistung ausmachen. Ein dauerhaftes Miniwachstum in den Krisenländern macht außerdem ein Herauswachsen aus den Staatsschulden unmöglich.

Merkel führt Europa nicht aus der Krise, sondern in eine Krise ohne Ende. Deshalb müssen vor allem die den Euroländern aufgezwungenen Kürzungen gestoppt werden. Um den Krisenländern wieder auf die Beine zu helfen, benötigen wir ein europäisches Investitionsprogramm in Höhe von mindestens 600 Milliarden Euro.

Weitere Informationen unter:

www.michael-schlecht-mdb.de

Michael Schlecht, MdB DIE LINKE aus Baden-Württemberg, Chefvolkswirt der Bundestagsfraktion DIE LINKE

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**